

# General-Anzeiger

## für Chemnitz und Umgegend.



(Sächsischer Bundes-Anzeiger).

Gegründet 1873 als „Anzeiger“ u.

Verlag und Rotationsmaschinen-Druck von Alexander Wiede in Chemnitz, Theaterstraße Nr. 5.

Diese verbreitete unparteiische Zeitung erscheint wöchentlich Abends (mit Datum des nächsten Tages) und kostet mit den sechs wöchentlichen Beiblättern:

1. Sächsischer Erzähler,
2. Kleine Postkarte,
3. Gerichts-Zeitung,
4. Sächsisches Kalendar,
5. Illustriertes Unterhaltungsblatt,
6. Lustiges Bilderbuch

monatlich 50 Pfennige.  
1898. Postamt Nr. 2808.  
Kriegs- und Marine-Ministerium.  
Zentral-Verlag Nr. 100.

Anzeigenpreis: 4gepaltes Copypapier (ca. 3 Bogen) oder deren Raum 16 Bg. (Vereinsverzeichnisse & Bg. 20 Bg.) — Verordnungs-Blätter (4gepaltes Copypapier) circa 11 Bogen (offen) 30 Bg. — Anzeigen können nur bis Vormittag 10 Uhr angenommen werden, da Druck und Verbreitung der großen Auflage längere Zeit erfordert.

Wöchentliche Anzeiger-Interate finden für billigen Preis zugleich Verbreitung durch die täglich erscheinende Chemnitzer Eisenbahn-Zeitung.

### Samoa.

Chemnitz, den 20. April 1898.

Es ist dieser Tage von einem meist gut unterrichteten Beobachter berichtet worden, daß an maßgebender Stelle die Eventualität einer stärkeren deutschen Machtentfaltung auf Samoa ins Auge gefaßt werde. Im Anschluß daran empfiehlt das Blatt, den spanisch-amerikanischen Konflikt, sowie das Engagement Englands in vielen anderen Fragen zu benennen, um deutschseits die Aufhebung des Samoavertrags von 1889 herbeizuführen.

Was den ersten Theil dieser Meldung betrifft, so kann es nur als Wunschdenken bezeichnet werden, daß bei den gegenwärtigen kriegerischen Verwicklungen deutsche Kriegsschiffe in größerer Zahl zum Schutz der deutschen Besitzungen in der Südsee beordert werden. Die „Kriegsschiffe“ des großen Ozeans würde in der Hauptsache wohl zwischen Hawaii und den Philippinen liegen, sie würde sich demnach mehr den Marshall-Inseln und Neu-Guinea nähern, als dem südlicher gelegenen Samoa-Archipel. Dennoch wird Samoa um so weniger einen besonderen Schutz — etwa durch einen Kreuzer kleineren Typs — entbehren können, als der deutsche Handel dort bei weitem der älteste und bedeutendste ist, das deutsche Element mehr als zwei Drittel aller auf der Insel lebenden Weißen in sich vereinigt, und die Samoa-Politik der Vereinigten Staaten unter der Mac Kintley eine nichts weniger als deutschfreundliche gewesen ist.

Der Aufforderung an die Regierung, in diesen nicht ungefährlchen Jellen die Aufhebung des Samoavertrages ins Werk zu setzen, stehen jedoch Bedenken entgegen. Es herrscht allerdings über die Unzumutbarkeit der Vertheilung in der Bewohnung der Insel heute wohl bei keiner der Signatarmächte ein Zweifel mehr. Aber sind schon die in friedlichen Zeiten von der einen und anderen Macht unternommenen Versuche, eine Abänderung des Vertrages herbeizuführen, erfolglos geblieben, so wird sich jetzt mit den Vereinigten Staaten am allerwenigsten ein Einverständnis erzielen lassen, wo der Panamerikanismus in so scharfer Weise zum Ausdruck kommt. Es ist da von Interesse, eine Äußerung Mac Kintley's vom August vorigen Jahres in Erinnerung zu bringen. Damals versicherte der Präsident einem hohen Beamten, während seiner Amtszeit werde der bisherige Zustand auf Samoa aufrecht erhalten bleiben, insbesondere werde er Deutschland die alleinige Kontrolle über die Insel nicht einräumen, auch wenn England darin einwillige würde. Ist also seitens der Union auf ein Entgegenkommen jetzt noch weniger zu rechnen, so dürfte die Bereitwilligkeit der Briten kaum höher voranschlagen werden können. Denn Neuseeland bildet recht begehrtlich zu den Schiffen Inseln hinüber, und derzeitige Bestimmungen finden bei deren Schauerlain jederzeit bereitwilligste Unterstützung.

Die bisherigen diplomatischen Verhandlungen lassen erkennen, daß jede Vertragsmacht abgeneigt ist, der anderen Zugeständnisse zu machen. Ein solch' vobiler Standpunkt muß also den Gedanken, etwa Deutschlands Allseitserschaft auf der Inselgruppe zu proklamieren ohne vorhergehende Abmachungen, ganz ausgeschlossen erscheinen lassen zu einer Zeit, während welcher die eine der Signatarmächte bereit kriegerische Meinungen an den Tag legt, daß es den Großmächten doppelt schmerzhaft ist, unbedingte Neutralität zu beobachten. Der an sich berechtigten Wunsch kolonialfreundlicher Kreise, die schwarz-weiß-rothe Flagge über den Bismarck-Wäldern zu wissen, wird seiner Erfüllung vielleicht näher gerückt sein, nachdem die Entscheidung in dem Kampfe zwischen Spanien und Amerika gefallen ist. Es wird dadurch möglicherweise eine Grundlage für neue Verhandlungen geschaffen, auf der Deutschland überzugenender als bisher die Berechtigung seiner Vorgesuchstellung auf Samoa vor Augen führen kann.

### Politische Rundschau.

Chemnitz, den 20. April 1898.

#### Deutsches Reich.

— Prinz Heinrich von Preußen ist in Shanghai angekommen. Zu seinen Ehren wurde vom Taotai ein Ballfest veranstaltet. Die obersten Beamten überreichten dem Prinzen werthvolle Geschenke. Die Weiterreise erfolgt am Donnerstag.

— In der gestrigen Sitzung des Bundesrats wurde der Antrag Preussens, enthaltend Änderungen des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden vom 13. Februar 1875 und des Gesetzes vom 21. Juni 1887 den zuständigen Ausschüssen überwiesen, ebenso die Vorlagen, betr. die Beschlässe des Bundesrats zur dem Entwurfe eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Befolgung der Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Elementarschulen und betr. die Beschlässe des Bundesrats zur dem Entwurfe eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Naturalleistungen. Dem Ausschussbericht über den Entwurf eines Gesetzes, betr. die Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Elsaß-Lothringen, wurde die Zustimmung zu Theil.

— Im preussischen Abgeordnetenhause wurde gestern die Interpellation von Bruchhausen und Gen. beraten. Diefelbe lautet: „Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung in Aussicht genommen, um die Schäden und Gefahren, die dem gewerblichen Mittelstand durch die den Detailhandel mit Waaren vermittelnde Güterung betreibenden großkapitalistischen Unternehmungen (Konsumvereinen) entstehen, thunlichst einzuschränken.“ Im Laufe der Debatte erklärte der Regierungskommissar Generalstaatssekretär Burghard, die Regierung habe in voller Würdigung der großen Wichtigkeit der Frage die Angelegenheit gepörlt und umfassende Erhebungen veranlaßt, bedauere aber, daß es ihr nicht gelungen sei, einen Weg zu finden, der mit der Reichsgesetzgebung nicht im Widerspruch stehe, und ihr auch ein solcher Weg von den Interessirten nicht angegeben worden sei. Die bisherige Steuer-

reform hätte sich nach den gemachten Erfahrungen nicht wirksam erwiesen; es sei nicht gelungen, das Großhandelswesen durch Steuern wirksam einzuschränken.

Aus Berlin wird uns unterm 19. d. M. geschrieben: Auch im Leben der Völker ist nichts schrecklicher, bedrückender als die Ungewissheit. Seit Wochen hat man jeden Morgen die Zeitungen zur Hand genommen, in der fast sicheren Erwartung, daß endlich einmal eine wirkliche Entscheidung in dem spanisch-amerikanischen Streifsal herbeigeführt worden sei. Und immer waren die Dinge in demselben Geleise. Alle Welt rechnet mit dem Krieg — es wird thatsächlich, besonders in Handel und Industrie, als eine Befreiung von einem Alpe empfunden werden, wenn die Sprache der Kanonen die der diplomatischen Noten abhört. Zu ermitteln giebt es doch nichts mehr, das ist hier die allgemeine Auffassung. Vereinzelt nach der erfolglosen Note an die amerikanische Regierung war an unseren maßgebenden Stellen der Entschluß unabwehrlich: Wie legen die Hände auf den Tisch.“ Im Reichstag wird voraussichtlich die Regierung Gelegenheit nehmen, eine Darstellung der Vermittlungaktion zu geben, soweit Deutschland daran theilhaftig war. Es macht hier übrigens einen großen Eindruck, daß die Mitglieder des amerikanischen Repräsentantenhauses in der Wandelhalle patriotische Lieder angestimmt haben. Wer glaubt denn im Ernste in den Vereinigten Staaten, daß der Patriotismus anspornt, den Werten auf Cuba ein Ende zu setzen? Die Amerikaner und auch die Fremden im Lande sind nicht wenig genug, diese affektive Begeisterung für echt zu halten. — Geschäftsinteressen und wieder Geschäftsinteressen — wie ja doch Alles in den Vereinigten Staaten „Geschäft“ ist — sind die treibenden Kräfte von Anfang an, und es wird wohl einst noch an den Tag kommen, wieviel es gekostet hat, das Gewissen solcher Politiker zu beschwichtigen, die lieber den Krieg vermeiden gesehen hätten. Der „allmächtige“ Dollar!

Strasbourg i. El., 19. April. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde der Entwurf eines Reichsgesetzes für Elsaß-Lothringen eingebracht. Derselbe soll das Reichspräsidenten vom 7. Mai 1874 zur Einführung bringen mit der Maßgabe, daß die Verordnungen ausländischer Druckschriften und solcher, die im Lande in fremder Sprache erscheinen, vom Ministerium verboten werden kann. Ferner sollen die bisherigen Kanonen für periodische Druckschriften bestehen bleiben. In seiner Begründung nannte der Staatssekretär v. Falkener es eine reiche Aufgabe, daß durch das neue Gesetz die außerordentlichen Bewalten des Reichspräsidenten bekräftigt würden und betonte, daß die erwähnten Vorbehalte von der Regierung als notwendige Voraussetzungen für die Annahme des Gesetzesentwurfes betrachtet werden müßten.

#### Ausland.

**Oesterreich-Ungarn.** Ueber die Audienz, die der bekannte tschechische Bürgermeister von Prag, Dr. Bobligny, mit noch drei Prager Stadtältesten beim Kaiser Franz Josef hatte, wird berichtet: Bürgermeister Dr. Bobligny drückte als Sprecher der Reputation dem Monarchen den Dank der Hauptstadt Prag für die Sanctionirung der ihr gewährten Subvention im Betrage von zwei Millionen Gulden aus. Hierauf trug der Bürgermeister dem Kaiser sowohl im Namen der Hauptstadt als der Bevölkerung des Königreichs Böhmen die Bitte vor, der Kaiser möge in Erfüllung eines langgehegten Wunsches des tschechischen Volkes wenigstens zeitweise in Prag wohnen oder verfügen, daß ein Mitglied des Herrscherhauses auf der Prager Burg ständigen Wohnsitz nehme. Auf die in tschechischer Sprache vorgetragene Ansprache erwiderte der Kaiser lebenswürdig wie immer, wenn es gilt tschechische Wünsche zu befriedigen, in tschechischer Sprache: „Den Ausdruck Ihres Dankes nehme ich mit Befriedigung zur Kenntnis und versichere Sie zugleich, daß ich mit warmer Theilnahme die großen Aufgaben verfolge, deren Realisirung die Stadtgemeinde plant. . . In der vorgebrachten Bitte, es möge ein Mitglied meiner Familie in Prag ständigen Wohnsitz nehmen, erblicke ich den Ausdruck der dynastischen Gelüste (?) der königlichen Hauptstadt Prag, welcher mich mit Freude erfüllt, und ich werde gern diesen Wunsch in Erwägung ziehen.“ Der Kaiser muß über die Vorgänge der letzten Monate sehr schmerzhaft informiert sein. Die übrige Welt weiß genau, daß der tschechische Wunsch nicht der Republik entsprungen, sondern dem Streben nach einer Sonderstellung des Königreichs Böhmen, die ohne Verletzung der Monarchie nicht gedacht werden kann. Man muß doch wohl zweifeln, daß unter den verantwortlichen Rathgebern des Kaisers Franz Josef auch ein Einziger sich befindet, dem dieser Zusammenhang nicht bekannt wäre. — Der flugsigste Jahresfest der Einführung der kroatischen Sprache als Staatssprache in Kroatien wurde gestern in Prag gefeiert und gestaltete sich zu einer pauslavistischen Kundgebung. Oregre verkündete die gesamttschechische Solidarität. Abgeordneter Horzinek erklärte, Wien müsse das Zentrum der Slavennwelt werden. Bischof Strohmaier aus Agam gab telegraphisch seinen Segen.

#### Der Krieg unvermeidlich.

Wie wir schon gestern in einem Nachtragstelegramm mittheilten, ist der Konflikt zwischen den beiden Kammern des Kongresses zu Washington bereits wieder beilegt worden, und es ist ein gemeinsamer Beschluß zu Stande gekommen. Es wurde die Resolution des Senats, ausgenommen die Anerkennung der Unabhängigkeit der cubanischen Republik, angenommen. Diese Resolution lautet wörtlich: „Da die entsehligen Zustände, die seit mehr als drei Jahren in Cuba, so nahe unseren Grenzen, bestanden, den moralischen Sinn des Volkes der Vereinigten Staaten verlehrt haben, eine Schande für die christliche Civilisation sind und ihren Höhepunkt in der Bestörung eines Vereinigten Staaten-Schiffes mit seinen 260 Offizieren und Mannschaften während eines freundschaftlichen Besuchs im Hafen von Havana gefunden haben, nicht länger gebuldet werden können, wie dies von dem Präsidenten in seiner

Botschaft vom 11. April auseinandergesetzt worden, auf welche hin der Kongress zu einer Aktion aufgefordert worden ist — wird deshalb beschloffen: 1. daß das Volk der Insel Cuba von Rechts wegen frei und unabhängig ist und dies sein sollte; 2. daß es die Pflicht der Vereinigten Staaten ist, zu verlangen, und die Regierung der Vereinigten Staaten hiermit verlangt, daß die Regierung Spaniens sofort ihre Autorität und Verwaltung in der Insel Cuba aufgibt und ihre Land- und Seestreitkräfte von Cuba und aus den cubanischen Gewässern zurückzieht; 3. daß der Präsident der Vereinigten Staaten hiermit angewiesen und ermächtigt wird (directed and empowered), die sämtlichen Land- und Seestreitkräfte der Vereinigten Staaten anzuwenden und in den aktiven Dienst der Vereinigten Staaten die Miltz der verschiedenen Staaten einzuberufen bis zu dem Maße, als es nöthig sein mag, um diese Resolutionen auszuführen.“

Es hatte lange gedauert, bis der gemeinsame Beschluß zu Stande kam. Das Repräsentantenhaus nahm ihn mit 310 gegen 6 Stimmen und der Senat mit 42 gegen 35 Stimmen an. Die Stimmenzahl ist insofern von Bedeutung, als zur verfassungsmäßigen Gültigkeit eines Beschlusses gehört, daß der Antrag mit Zweidrittelmajorität angenommen wurde. Ist nur eine einfache Mehrheit vorhanden — wie im vorliegenden Falle bei der Senatsabstimmung —, so kann der Präsident sein Veto einlegen. Mac Kintley hat seinen Grund, sich dem Gang der Dinge entgegenzusetzen, und thäte er es aus irgend einem tatsächlichen Grund, so ist bei einer nochmaligen Beschlußfassung die Zweidrittelmehrheit sicher. Der Krieg ist also unvermeidlich und Spanien mag schleunigst seine Flotte lichten und zum Angriff schreiten.

Für die weitere Entwicklung der Frage sind folgende Depeschen wichtig:

**Madrid.** Der „Edn. Bg.“ zufolge wird nach dem letzten Beschluß der Kammer nunmehr Mac Kintley ein Ultimatum an Spanien richten. Ein erneutes Veto des Präsidenten würde nicht hindern, sondern nur eine Verzögerung bewirken. Die Abstimmung des Repräsentantenhauses haben eine Zweidrittelzahl der Stimmen ergeben, die notwendig sei, um dem Entwurf auch ohne Unterschrift des Präsidenten Gesetzeskraft zu geben. Weil die republikanische Partei Kapitalist habe, müsse Mac Kintley nachgeben.

**Washington.** Präsident Mac Kintley soll beabsichtigen, die Resolutionen erst dann zu unterzeichnen, wenn das an Spanien zu richtende Ultimatum redigirt ist. Mac Kintley soll geneigt sein, Spanien zwei oder drei Tage Frist zu gewähren zur Annahme des Ultimatum. Der spanische Gesandte Bernabe wird abreisen, sobald ihm die Unterzeichnung der Resolutionen notifizirt worden ist.

**London.** In Washington verläutet, Präsident Mac Kintley werde heute, Mittwoch, die gemeinsame Resolution des Kongresses unterzeichnen und Spanien sofort von diesem Akte benachrichtigen. Ein Kabinettsrath werde die Frist bestimmen, innerhalb welcher Spanien das Ultimatum annehmen müsse. Die Frist werde wahrscheinlich 24 oder 48 Stunden betragen. Die Vorwärtsbewegung der amerikanischen Marine wird noch vor Ende dieser Woche erwartet. — Dem Bernehmen nach soll ein Gesandtschaftsvorbezug werden, durch den dem Präsidenten Mac Kintley 200,000 Mann zur Verfügung gestellt werden sollen.

**London.** Hier wird allgemein angenommen, der Zusammentritt der spanischen Cortes (welcher für heute angelegt ist) werde das Signal zum Bruch zwischen Spanien und Amerika sein. In den Vereinigten Staaten werden die Kriegsvorbereitungen sich fortgesetzt selbst Sonntag wie gearbeitet. Der Hochkommandirende, General Miles, nahm die Dienste Buffalo Bill's an. Derselbe erhält das Kommando der aus Cowboys und Indianern verkrüfteten Kavalleriepatrouillen, welche die cubanische Infanterie begleiten sollen. Alle Militärgefangenen wurden begnadigt, damit sie sich den Regimentern anschließen können.

Spanien glaubt noch in letzter Stunde die Ausständigen auf Cuba auf seine Seite zu bringen, wenn es ihnen Konzessionen einräumt. Offizielle Telegramme wollen glauben lassen, daß sich viele Ausständische ergeben hätten, und zwar ein Oberst, drei Offiziere und 22 Mann; im Lager der Ausständischen herrsche Enttäuschung gegen die Vereinigten Staaten. Wäre diese sehr zweifelhafte Meldung richtig, so hätte Spanien einen gewaltigen Gewinn. Weiter wird aus Madrid berichtet: Wie der „Imparcial“ meldet, wird die Thronrede betonen, daß Spanien alle Anstrengungen zur Aufrechterhaltung des Friedens gemacht habe, und an das spanische Volk die Aufforderung richten, das Vaterland zu retten und die nationale Ehre und Integrität zu verteidigen.

Aus Wien wird gemeldet: Diefelbe diplomatische Kreise bestreiten die Nichtigkeit der Meldung Pariser und Londoner Blätter über neue Vermittlungsversuche der Großmächte in Washington, bezweihen vielmehr die Situation als beavril, daß an eine friedliche Lösung nicht mehr zu denken sei. Das Falschlassen des Rufes über die Anerkennung der cubanischen Unabhängigkeit bei der Resolution des Kongresses wird als ein bequemes Hintertüthchen für die Anexion der Insel bezeichnet. Auf Mac Kintley setzt man nunmehr wenig Hoffnung, denn, mit oder ohne sein Veto, werde der Krieg unvermeidlich sein.

Das deutsche Reich wird sich, wie offiziös versichert wird, absolut neutral verhalten. Das ist auch das einzig Richtige, denn wie sind am Streite ganz unbetheiligt und sentimentale Regungen dürfen in der Politik nicht Platz greifen.

#### Sächsischer Landtag.

Erste Kammer.

In der Sitzung vom 19. April wurde die Petition des Vorstandes des Dresdner Bezirksvereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, die Errichtung einer Heilstätte für Trunkstüchtige auf Staatskosten